

POLITIK DER IGNORANZ BEFEUERT ÄRZTEFLUCHT AUS KÄRNTEN!

Schönreden und Ignorieren, das scheint die gesundheitspolitische Strategie der Landesregierung vor der kommenden Landtagwahl zu sein. Als Konsequenz droht die Verstärkung des Personalmangels in den Landeskrankenanstalten und damit möglicherweise irreparabler Schaden am Gesundheitssystem. Die Ursachen: Ein inakzeptabler Gehaltsabschluss und seit Jahren nicht behobene Missstände, wie beispielsweise die Diskriminierung heimischer Ärztinnen und Ärzte bei der Gehaltseinstufung.

Wie berichtet kritisiert die Ärztekammer, dass mit einem halben Jahr Verspätung gegenüber anderen Bundesländern die Gehälter der Ärztinnen und Ärzte in den Kärntner Landeskrankenanstalten um nur 7,15 % erhöht werden. Präsident Dr. Opriessnig verweist auf die berechnete Inflation von 8,6 % für das Jahr 2022 und kann schon deshalb diese Erhöhung - noch dazu 6 Monate später – nicht als Erfolg werten. Eine zusätzliche Einmalzahlung reicht bei weitem nicht aus, um die damit entstehende Ungleichbehandlung zu beseitigen. Kärnten ist damit einmal mehr trauriges Schlusslicht.

Das ist allerdings nicht der einzige Kritikpunkt der Ärztekammer an den Arbeitsbedingungen der Ärzteschaft in den Krankenanstalten. Dr. Petra Preiss, Obfrau der Kurie der angestellten Ärzte und selbst Herz- und Gefäßchirurgin am Klinikum Klagenfurt, fühlt sich von der Kärntner Landespolitik im Stich gelassen: „Die Beschäftigtensituation an den Landesspitälern ist alles andere als rosig. Ich schaue wöchentlich auf die Homepage der KABEG. Da sind bis zu 50 freie Arztstellen ausgeschrieben. Es gibt Abteilungen, wo mehrere Ärztinnen und Ärzte gesucht werden. Da ist mittlerweile auch für Außenstehende erkennbar, dass es nur eine Frage der Zeit ist, bis Patientinnen und Patienten nicht mehr in gewohnter Weise versorgt werden können und so unserem Gesundheitssystem ein Kollaps droht.“

Auch bei einem weiteren Thema wird das Warnsignal der Kärntner Ärztekammer mittlerweile seit Jahren ignoriert: bei der vielfach kritisierten Ungleichbehandlung von heimischen Ärztinnen und Ärzten bei der Anrechnung von Vordienstzeiten. Dazu erklärt Dr. Petra Preiss: „Wer z.B. in einem Ordensspital oder einem UKH tätig war und dann in die KABEG wechselt, bekommt in vielen Fällen nicht alle ärztlichen Vordienstzeiten angerechnet, insbesondere bei langer Berufserfahrung. Wenn jemand aber aus einem Landesspital eines anderen Bundeslandes oder aus dem Ausland kommt, so werden sämtliche einschlägige Vordienstjahre angerechnet. Es scheint so, als ob die bewusste Diskriminierung und Schlechterstellung von heimischen Ärztinnen und Ärzte für das Land Kärnten in Ordnung ist.“

Diese und weitere unverständliche Nachteile werfen die Frage auf, welche Protestmaßnahmen nötig sind, damit die Landesregierung der Ärzteschaft endlich Gehör schenkt. Schon am Donnerstag, dem 2. Februar 2023, wird daher in einer internen Versammlung der Abteilungssprecherinnen und Abteilungssprecher der KABEG-Häuser in der Ärztekammer in Klagenfurt über die Planung erster Protestmaßnahmen beraten.

Für die Ärztekammer für Kärnten:

Die Obfrau
der Kurie der angestellten Ärzte:
Dr. Petra Preiss e.h.

Der Präsident:
Dr. Markus Opriessnig e.h.

Klagenfurt/WS, am 31. Jänner 2023